Kölnische Zeitung

24. IV. 1919

24

144

Unsre Lebensmittelversorgung.

♦ **Berlin**, 22. April.

Einen Überblick über den Stand unsrer diesjährigen Lebensmittelversorgung gab im Kreise von Preßvertretern heute der Reichsernährungsminister Robert Schmidt. Eine ernste Sorge für die Regierung sind immer noch die wachsenden Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung. Die Reichsbank hat mit dem Depot aus ihrem Goldschatz im Auslande eine Unterlage für die Kreditgewährung geschaffen. Aber es ist ihr nicht zu verdenken, wenn sie des weitern ihren Goldschatz zu halten bestrebt ist, denn von seinem Bestande hängt für das Ausland unsre Zahlungsfähigkeit ab. Dazu kommt die Wirkung auf unsre Valuta. Die Weiterzahlung mit den Devisen reicht nicht aus. Wir haben die größten Schwierigkeiten, auch nur die dringendsten Zahlungen zu ermöglichen. Was die beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere betrifft, so ist augenblicklich noch nicht zu übersehen, in welchem Umfange sie uns zur Verfügung stehen werden. Auch die Bankfachverständigen haben darüber noch kein klares Bild. Die Zahlung mit eigner Währung ist außerordentlich ungünstig und von Tag zu Tag schlechter. Verantwortlich dafür sind unsre innerpolitischen Verhältnisse, die für die auswärtigen Kapitalisten keine Sicherheit mehr sind. Dazu kommen die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Streiks und die Unmöglichkeit der Ausfuhr von Waren, die wir zur Verfügung haben könnten, wenn gearbeitet würde. Der Minister Schmidt hat deshalb, wie er weiter ausführte, mit großem Nachdruck die weitere Einfuhr auch auf die Grundlage der Betätigung des freien Handels gestellt, und zwar ist beabsichtigt, daß der Handel, vor allem die großen Häuser, ihre eignen Beziehungen zum Auslande wieder aufnehmen und ihre Kredite wieder eröffnen unter Umgehung der Inanspruchnahme der Devisen und der Verfügung über die ausländischen Wertpapiere. Allerdings kann diese Freiheit des Handels sich nicht so gestalten, daß jeder einzelne nun die Möglichkeit erhält, beliebig einzukaufen. Denn auch die Regierungen erheben Einspruch dagegen, daß nun ein wildes Aufkaufen in neutralen Ländern vor sich geht. Die Preistreiberei würde zur wilden Spekulation werden. Das beste wäre es, wenn die Interessenten selbst die hier notwendigen Einschränkungen vornehmen und selbst die geeigneten Organisationen schaffen wollten, die das verhindern. Zum Teil ist dies schon geschehen, wie bei der Einkaufs-Gesellschaft der Gemüse-Interessenten.

Vielfach wird noch geklagt über die bureaukratische Verzögerung der Erledigung von Angeboten und Nachfragen bei den Reichsbehörden. Das ist zum großen Teil berechtigt, und der Minister hat eine umfassende Reform der Verwaltung vorgenommen. Ein sehr tüchtiger Kaufmann arbeitet bereits im Reichsernährungsamt, und zwei weitere sollen folgen. Der Geschäftsgang soll tunlichst beschleunigt werden. Der Minister nimmt an, daß durch den freien Handel manches in das Land hereinkommt, was wir sonst nicht erhalten würden. Die Waren müssen einwandfrei, der Preis muß erträglich sein und der Kredit muß auf brauchbarer Grundlage stehen. Solche Angebote sind bereits gemacht, aber alles hängt jetzt ab von der Gestaltung unsrer innerpolitischen Verhältnisse, denn der private Kredit ist da sehr empfindlich. Es entsteht nun die Frage nach der Zulässigkeit des freien Handels auch im Inland selbst. Der Minister hat nicht die Absicht, über die Notwendigkeit hinaus die Zwangsorganisationen aufrechtzuerhalten. Aber für gewisse Lebensmittel ist die Zwangsorganisation auch fernerhin unentbehrlich, so für Getreide, Fleisch, Kartoffeln und Milch. Dagegen ist er bestrebt, auf andern Gebieten langsam abzubauen. Natürlich kann ein so großer Kriegsapparat nicht mit einem Schlag aufgehoben werden, wenn nicht die wirtschaftlichen Vorbedingungen vorhanden sind. Bereits vollständig freigegeben ist das Frühgemüse, dasselbe soll geschehen für Frühobst. Für die Preise sollen vorläufig keine Grenzen gezogen werden, es sei denn, daß sie zu hoch schnellen. Sauerkraut, Dörrgemüse und Dörrobst sind bereits im Handel. Bemerkenswert ist, daß entgegen sonstigem vielfachen Verlangen in der Presse und bei den Handelskörperschaften auf Freigabe des Handels einzelne Industrien, so die Konserven- und Marmeladenindustrie, gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft Stellung nehmen. Sie befürchten eine Verschlechterung in der Belieferung der Fabriken, das Losbrechen einer wilden Konkurrenz, unter Umständen auch die Gründung neuer Betriebe, während jetzt eine Art Konzessionspflicht besteht. Sie fürchten Verschlechterung der Zuckerversorgung, ebenso der Versorgung mit Blechen und Büchsen, bei deren Beschaffung ein Konkurrent dem andern nach Abschaffung der Regelung durch Zwangswirtschaft den Rang abzulaufen versuchen würde. Daß die Freigabe des Eierhandels die bekannte Wirkung haben würde, ist vom Minister vorausgesehen worden. Aber die Zwangsbewirtschaftung konnte nicht aufrechterhalten werden, nachdem der erforderliche Verwaltungsapparat in keinem richtigen Verhältnis mehr zum Ergebnis stand.

An den Handel richtet der Minister nun die ernste Mahnung, die Sache nicht zu überstürzen, es handle sich jetzt um die Probe aufs Exempel. Sonst müßten wir zu einer sehr nachteiligen Entwicklung für den gesamten Handel kommen. Unter verständigen Handelsinteressenten sind die Anfänge einer Organisation zum gemeinsamen Aufkauf bereits erkenntlich. Der schrankenlosen Preistreiberei muß endlich Einhalt geboten werden, der Handel muß sich die unlautern Elemente vom Halse halten. Die wertvolle Befugnis der Kommunalverwaltung, Leute auszuschließen, die sich als unzuverlässig erweisen, besteht noch zu Recht. Davon muß weitgehend Gebrauch gemacht werden, auch jetzt beim Eierhandel. Es ist auch zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, wenn an Stelle des Aufkaufs durch einzelne in den Dörfern ein gemeindeweiser Einkauf stattfindet. Damit ist die Spekulation glatt ausgeschlossen. Dazu gehört kein großer Apparat, sondern ein verständiger, gewandter Mensch, der die Sache energisch anfaßt. Eine Schätzung der Gestaltung unsrer Lebensmittelversorgung bis zum Ende des Wirtschaftsjahres muß natürlich mit den verschiedensten Möglichkeiten rechnen. Es besteht aber alles in allem die Aussicht, daß wir der Schwierigkeiten Herr werden, wenn die eingeleiteten Maßnahmen nicht gestört werden. Dabei werden wir selbstverständlich immer noch unter dem Druck von empfindlichen Beschränkungen stehen. Unser Viehbestand ist immer mehr zurückgegangen, und die Neigung, Vieh abzugeben, schwindet wieder. Das Zählungsergebnis vom März dieses Jahres ist noch nicht bekannt. Nach der Zählung vom Dezember 1918 ist der Bestand der Rinder über drei Monate gegen das Vorjahr um 2 Millionen Stück, das ist 11,7 v. H., zurückgegangen, Kühe um 5,2 v. H., Ochsen 6 v. H., Jungvieh um fast 1½ Millionen Stück bis 22 v. H. Man sieht, wie scharf wir eingegriffen haben. Nichts trifft das Land aber härter als Weggabe von Vieh, das der Bauer aufziehen will, an dem er auch oft persönlich hängt. Das bringt starke Gegenstimmungen hervor. Es ist gegenüber Kommissionen zu Gewalttätigkeiten gekommen, und einige Kommissionäre haben ihren Dienst wegen Lebensgefahr eingestellt. Bei dieser Sachlage ist Verkürzung oder Wegfall von Fleischrationen unvermeidlich. Als Ersatz werden Reis und Hülsenfrüchte gegeben werden. Mit den Kartoffeln steht es bekanntlich schlecht. Man kann nicht sagen, ob wir Mitte Mai oder Ende Mai vor der Erschöpfung unsrer Vorräte stehen werden. Es ist abzuwarten, was für Bestände noch da sind und zur Ablieferung kommen. Die Erschöpfung der Vorräte wird auch nicht gleichmäßig wirken. Manche Gemeinden haben sich reichlicher eingedeckt und kommen sogar aus, andre werden sie strecken durch Verkleinerung der Rationen; jedenfalls sind als Ersatz Mehl, Reis und Hülsenfrüchte in Aussicht genommen. Angelegentlich wird das Publikum auch darauf hingewiesen, seine mehrfach vorhandene Abneigung gegen Dörrgemüse zu überwinden; sie ist unberechtigt.

Für einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen sind wir jetzt versorgt, insbesondere die Großstädte, die Industriebezirke und die Bergreviere. Die Mehlversorgung liegt durch die jetzige Zugabe amerikanischen Mehls etwas besser. Für den versorgungsberechtigten Teil der Bevölkerung sind die 250 Gramm pro Woche für die nächste Zeit gesichert; alles immer unter der Voraussetzung, daß die Eisenbahnen nicht gefährdet werden.

Was die Preisfrage betrifft, so ist bemängelt worden, daß wir für das amerikanische Mehl zwei Mark nehmen. Dieses Mehl ist zu 60 v. H. ausgemahlen, also ein Mehl, wie es die Bevölkerung seit vielen Jahren nicht mehr zur Verfügung hatte. Es kostet 200 Dollar die Tonne, das sind zum gegenwärtigen Kurs 2492 Mark pro Tonne. Wir nehmen 4000 Mark, aber nach Abzug weiterer Spesen, Risiko und Manko bleibt nur ein Überschuß von etwa 980 Mark. Dieser Überschuß dient dazu, zu verhindern, daß wir den Brotpreis erhöhen müssen. Ein andrer Weg wäre etwa gewesen, daß das Reichsfinanzministerium das Defizit hätte decken müssen. Das geht aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht, denn es würde sich um nicht weniger als zwei Milliarden Mark handeln. Also mußten wir sie auf die Konsumenten abwälzen. Immerhin ist eine Erleichterung für die ärmere Bevölkerung dadurch eingetreten, daß auf die Zusatzkarten auch inländisches Mehl zur Verfügung gestellt ist, so daß also jeder die Wahl hat. Im übrigen ist die Rechnung noch nicht ganz sicher. Es kann immer noch — und wird wahrscheinlich so kommen, daß die Reichsfinanzverwaltung eintreten muß. Sollte sich die Abgabe von inländischen Getreidebeständen noch in größerm Umfange vollziehen als angenommen wird, dann kann der Preis herabgesetzt werden. Wir wollen ja auch angesichts der ungeheuern Preise nur das unbedingt Notwendige an ausländischem Mehl einführen. Was die Speck- und Fetteinfuhr betrifft, so ist hier gar kein Aufschlag von der Reichsstelle gemacht worden. Die Berechnung erfolgt ohne Gewinn. Aber von Woche zu Woche haben wir wegen der Währungsschwankungen eine Verteurung des Preises. Wir konnten ursprünglich 10 Mark pro Kilo einsetzen, jetzt ist infolge dieser Differenz schon ein Preis von 12 Mark herausgekommen. Ebenso ist es mit der Steigerung der Preise für dänische Butter. Die Dänen liefern genau zu dem alten Preis, aber die Steigerung erfolgt durch die Währungsverhältnisse.

In letzter Zeit sind vielfach ungünstige Gerüchte verbreitet gewesen über die neue Ernte. Der Minister erklärt diese weitgehenden Befürchtungen für übertrieben. Bestimmte Unterlagen zur Schätzung liegen noch nicht vor. Die vorläufigen Saatenstandsberichte lauten nicht ungünstig, einige sogar gut. Alles in allem faßte der Minister seine Auffassung dahin zusammen, daß bis Ende des Wirtschaftsjahres die Verhältnisse sich nicht ungünstig gestalten werden. Jedenfalls ist die Erwartung berechtigt, daß sie erheblich besser werden wie in den Kriegsjahren. Voraussetzung ist aber dafür die Beschaffung von ausländischer Ware, die Aufhebung aller Erschwerungen und die ruhige politische Entwicklung im Lande. Erreichen wir das nicht, dann stünden wir allerdings vor großen Sorgen und näherten uns dem vollständigen Ruin in sehr bedenklicher Weise.